

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Präsenzunterricht mit Verantwortung – kein Vabanquespiel mit der Gesundheit unserer Kinder, Eltern und Lehrkräfte

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin unterstützt die Testpflicht an Berliner Schulen, es unterstützt aber nicht die handwerklich schlechte Umsetzung durch den Senat von Berlin.

Kinder, gerade junge Kinder, brauchen soziale Kontakte – nichts kann den direkten Kontakt zwischen Kind und Lehrkraft ersetzen. Freunde, Freude, Spiel, das Miteinander statt sozialer Vereinsamung – das alles bietet neben Bildung Schule in Präsenz.

Damit Eltern Planungssicherheit erhalten, Kinder nicht vereinsamen und Lehrkräfte gesund bleiben, muss der Senat gut vorbereiten. Der wieder verstolperte Schulstart – diesmal nach den Osterferien 2021 – ist erkennbar nicht Ergebnis guter Vorbereitung.

Deswegen sind folgende Maßnahmen so schnell wie möglich umzusetzen:

1. Aufbau von überdachten Teststrecken (Zelte) im Außenbereich der Schulen mit ausreichend Warteraum an der frischen Luft. Ein Gruppentesten im Klassenraum (inkl. 15-minütigem Warten auf die Ergebnisse) widerspricht den geltenden Hygieneregeln. Die Testergebnisse sind sensibel und so individuell wie möglich vor der Schule und nicht in der Gemeinschaft im Klassenraum durch die Klassenleitungen zu übergeben.
2. Betrieb und Testungen mit Unterstützung der Apotheken, Bundeswehr, Reservistenverband und Hilfsorganisationen. Diese Aufgabe darf nicht auf Ungeschulte und nicht geimpfte Lehrkräfte abgewälzt werden.

3. Nach Aufbau der Infrastruktur möglichst schnell tägliche Testung statt zwei Mal pro Woche. Denn das Virus schläft nicht. Auch beim Einkaufen ist ein tagesaktueller Test notwendig.
4. Gestaffelter Schulbeginn, um einen Test-Stau zu vermeiden. Die Zeit in der Warteschlange würde neben der Testzeit sonst zusätzlich beim Unterricht fehlen.
5. Eine höchstensible Betreuung von Schülern mit positivem Testergebnis etwa durch Hilfsorganisationen und Schulpsychologen muss sichergestellt sein, um bestehende Ängste abzufangen und eine mögliche Stigmatisierung zu vermeiden.
6. Es muss sichergestellt sein, dass diese Schüler niemanden anstecken und schnellstmöglich einen PCR-Test machen können. Die schnelle Fahrt nach Hause oder in Absprache mit den Eltern zu einem PCR-Test kann über bspw. Taxigutscheine erfolgen.
7. Arbeitsrechtlich muss bundeseinheitlich sichergestellt werden, dass berufstätige Eltern bei einem positiven Testergebnis die Möglichkeit bekommen, sich um ihre Kinder zu kümmern.
8. Der Senat ist in der Verantwortung, diese Maßnahmen so zu koordinieren, dass sie schnell, verlässlich und sicher umgesetzt werden können.

Begründung

Die Senatsregelung zur Testung ist zu spät, schlecht vorbereitet und am Ende unsicher. In unzähligen Familien wächst die Unsicherheit, der Senat muss die Bedenken der Eltern ernst nehmen und ihre offenen Fragen beantworten. Eine erfolgreiche Testpflicht braucht den Schulterschluss und eine gemeinsame Kraftanstrengung. Wir warnen davor, dass der Senat statt mehr Sicherheit noch mehr Verunsicherung schafft.

Dabei ist die Schul-Testpflicht das probate Mittel, das Präsenzunterricht möglich machen kann. Dauerhafte Schulschließungen können keine Strategie für unsere Kinder und Eltern sein. Durch die wiederholt chaotischen Entscheidungen und Vorbereitungen des Senats sowie die schon ob der Wiederholung und Nachhaltigkeit geradezu ignorant anmutenden Schlecht-Kommunikation des Bildungssenats mit Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften wächst in unzähligen Familien die Unsicherheit.

Statt kurz vor Ferienende für viele überraschend zu entscheiden, hätte der Senat früh und transparent eine Testpflicht an den Schulen organisieren müssen – beginnend direkt nach den Osterferien und nicht erst eine Woche später. Familien werden verunsichert, Eltern stimmen mit den Füßen ab. Mal gilt freiwilliges Testen zu Hause, mal die Testpflicht im Klassenraum. Mit diesem Hin und Her verspielt der Senat erneut Vertrauen.

Der Senat muss die Bedenken der Eltern ernst nehmen und ihre offenen Fragen beantworten. Die Kritik des LEA Berlin am Senat ist berechtigt. Auch die Forderung der GEW Berlin nach täglichen Testungen für alle ohne Impfschutz in den Schulen Anwesenden ist richtig. Lehrkräfte an Berliner Schulen müssen endlich wieder Vertrauen in Ihren Dienstherrn haben können. Wir

warnen ausdrücklich davor, dass der Senat statt mehr Sicherheit noch mehr Verunsicherung schafft.

Berlin, 12. April 2021

Dregger Stettner Seibeld Melzer
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU